

**Niederschrift über die Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 24.04.2026, im Forum der Sparkasse Münsterland
Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 11:30 Uhr
Ende: 12:41 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	6
1.1	Bericht der Verwaltung	6 - 7
2.	Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutz- zentrums - Vorstellung der Ergebnisse der Entwurfsplanung	042/2026 8 – 9
3.	Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabschlus- ses 2025	044/2026 10
4.	Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleis- tungsgenossenschaft eG	053/2026 11
5.	Tarifreform des WestfalenTarifs zum 01.04.2027	028/2026 12
6.	Anpassung der Elternbeiträge und die damit ver- bundene Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme am Angebot des Offenen Ganztags an der Astrid-Lindgren-Schule	039/2026/1 13 – 14
7.	Entsendung von Vertretern des Kreises Warendorf in Gremien juristischer Personen bzw. Personen- vereinigungen	057/2026 15

- | | | | |
|------------|--|-----------------|----------------|
| 8. | Entsendung von Arbeitnehmervertreter/innen in den Aufsichtsrat der WVG gem. § 108a GO NRW | 056/2026 | 16 |
| 9. | Zahlungsabwicklung in den KFZ-Zulassungsstellen und in der Ausländerbehörde - Anträge der Kreistagsfraktionen der FWG sowie Bündnis 90/ Die Grünen | 055/2026 | 17 - 18 |
| 10. | Antrag der Kreistagsfraktion AfD zum Ausstieg aus der Radio Warendorf Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG | 025/2026 | 19 |
| 11. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Einrichtung eines öffentlichen Katasters für Anträge und Anfragen zur Stärkung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Prozesse | 059/2026 | 20 |

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreistages
Altewische, Ulrich
Anlauf, Andreas
Asselmann, Felix
Austrup, Norbert
Averdung, Kathrin
Baş, Ali
Beiers, Anja
Berkhoff, Henrich
Blex, Christian, Dr.
Blex, Klaus, Dr.
Borgschulte, Christian
Budde, Heinrich
Claßen, Anne
Diekhoff, Markus
Dinter, Dennis
Duhme, Elke
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Grap, Valeska
Große Vogelsang, Anja
Gutsche, Guido
Hinnüber, Felix
Hütig, Frank
Kaup, Winfried
Keitlinghaus, Ulrike Christine, Dr.
Koca, Ertugrul
Kocker, Dennis
Krabbe, Silke
Kühnel, Andreas
Lehmann, Peter
Lehnert, Susanne, Dr.

Lepper, Martin
Lindstedt, Alexandra
Luster-Haggeney, Rudolf
Marx, Burkhard
Maschelski-Werning, Sophia L.
Meyer, Ludger
Nienkemper, Dorothea
Öksüz, Ergül
Ostermann, Norbert
Rosenbaum, Ulf
Schade, Janina
Schindler, Ron
Schlösser, Ulrich
Schubert, David
Schulze Westhoff, Stephan
Schwarz, Leander
Siebert, Christoffer
Strübbe, Robert
Tentrup-Beckstedde, Christoph
Tomsa, Britta
Vöcking, Knud
von Ketteler, Friedrich-Carl
von Neumann, Franziska Johanna
Wamba, Gilbert
Welscheit, Martin
Werdan, Sascha
Westerwalbesloh, Florian
Zimmermeyer-Schürmann, Heike

von der Verwaltung

Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
Laukötter, Laurien
Ottmann, Michael
Schreier, Petra
Vogt, Henri

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages
Blömker, Franz-Ludwig
Fiedlers, Nils
Grunewald-Poch, Kirsten Ursula
Heringloh-Poll, Norbert
Kleene-Reschke, Andrea
Koch, Karsten
Mindermann, Ursula
Schulte, Sibylle

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 11:30 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 13.04.2026 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Zudem erläutert Landrat Dr. Gericke, dass auf Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werde. Im Anschluss an die Fragestunde für die Einwohnerinnen und Einwohner werde der aktuelle Sachstand zu den Rettungsdienstgebühren bei Fehlfahrten erneut dargestellt und den Kreistagsmitgliedern erläutert.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgende Vorlagen/Dokumente nachträglich versandt wurden:

- Die Ergänzungsvorlage 039/2026/1: „Anpassung der Elternbeiträge und die damit verbundene Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme am Angebot des Offenen Ganztags an der Astrid-Lindgren-Schule“ inkl. Anlagen.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil**1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Auf Rückfrage meldet sich kein Einwohner / keine Einwohnerin zu Wort.

1.1 Bericht der Verwaltung

Landrat Dr. Gericke beginnt den Sachstandsbericht zum Thema Rettungsdienst und Fehlfahrten mit dem Hinweis, dass bereits in vorherigen Gremien und über die Medien informiert worden sei und die Verhandlungen derzeit unter Moderation der Kommunalministerin und des Gesundheitsministers zwischen kommunalen Spitzenverbänden und Krankenkassen laufen.

Er schildert die Position der Krankenkassen, die Fehlfahrten herausrechnen wollen, obwohl es jahrzehntelang kein Problem gegeben habe. Als Beispiele nennt er Einsätze, bei denen Patientinnen oder Patienten vor Ort nicht transportiert werden wollen oder können (z. B. Stabilisierung vor Ort, Verstorbene, oder Vorhalten medizinischer Maßnahmen bis zum Hubschraubertransport), und macht deutlich, dass die Krankenkassen nun behaupten, bei fehlendem Transport in ein Krankenhaus sei keine Vergütung zu leisten.

Landrat Dr. Gericke erläutert, dass die Bundesgesundheitsministerin die Notfallreform ins Kabinett eingebracht habe und diese dort beschlossen worden sei; die Reform ändere die Definition der Fehlfahrt und sehe vor, dass die medizinische Leistung künftig Teil der gesetzlichen Kassenleistung und damit erstattungsfähig sei, was Hoffnung auf eine Lösung für die Zukunft gebe. Er weist jedoch darauf hin, dass das parlamentarische Verfahren in Bundestag und Bundesrat dauern werde, da Fragen der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern berührt seien (Leitstellen, Rettungsdienstorganisation) und die Länder ihre Kompetenzen sehen; daher sei im Bundesrat mit weiteren Diskussionen zu rechnen.

Landrat Dr. Gericke macht deutlich, dass die Krankenkassen sich nicht auf einen Zeitraum für Zahlungen bis 2025 einlassen wollen, sondern nur über die Zeit bis zu einer gesetzlichen oder gerichtlichen Klärung verhandeln, wodurch der Kreis Warendorf zunächst für bereits entstandene Kosten (geschätzt rund 4 Millionen Euro oder mehr) aufkommen müsse.

Er betont, dass der Kreis Warendorf keine Möglichkeit habe, die Krankenkassen zu verklagen; rechtlich möglich wäre allenfalls, Bescheide gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu erlassen, was Klagewege nach sich ziehen werde. Dies beabsichtige der Kreis Warendorf nicht, da dies das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat gefährde.

und dazu führen könne, dass Menschen in Not aus Angst vor Rechnungen den Notruf 112 nicht mehr wählen.

Er verweist auf die besondere Situation im Kreis Steinfurt, wo aufgrund zusätzlicher Probleme in der Gebührenkalkulation Bescheide über einen hohen zweistelligen Millionenbetrag vorbereitet werden, was man im eigenen Kreis jedoch nicht vorhabe; als Alternativen sehe er die Finanzierung über die Kreisumlage.

Abschließend erklärt Dr. Gericke, dass die Krankenkassen solange am längeren Hebel sitzen werden, wie sie nicht zahlen und eine endgültige Klärung möglicherweise erst in Gerichtsverfahren erfolge; dies sei der aktuelle Sachstand.

Herr Dr. Blex (AfD) ergänzt, die gesetzlichen Krankenkassen seien seit Jahren unterfinanziert, weil der Staat seinen originären Aufgaben nicht nachkomme; er führt aus, dass viele Menschen ins Land geholt werden, die nicht in die Sozialsysteme einzahlen, diese Kosten aber von den Beitragszahlern getragen werden müssen, und sieht darin eine Ursache der Misere.

Er behauptet, Fehlfahrten werden vor allem von anderen Bevölkerungsgruppen verursacht, nicht von langjährigen Beitragszahlerinnen und -zahlern.

Landrat Dr. Gericke entgegnet, dass es unstrittig sei, dass Defizite bei den Krankenkassen bestehen und dies eine gesamtstaatliche Aufgabe sei. Er betont jedoch, dass sämtliche Entscheidungen im Rettungsdienst (Leitstellen, Kostenpunkte, Ausstattung, Einsatzzeiten) jahrelang im Einvernehmen mit den Krankenkassen getroffen worden seien.

Herr Kocker (SPD) kritisiert die Verknüpfung des Themas mit Flüchtlingen oder anderen Bevölkerungsgruppen durch Herrn Dr. Blex und fordert fachliche Belege für die Behauptung, zugewanderte Personen verursachen Fehlfahrten.

Er begrüßt die mögliche Klärung durch die Gesetzesreform, warnt aber vor einem Kompetenzgerangel zwischen Bund und Land, das zulasten der Kommunen gehe, und betont den gemeinsamen Willen, die Bürgerinnen und Bürger nicht durch Gebührenbescheide zu belasten oder vom Notruf abzuschrecken.

Herr Gutsche (CDU) betont, dass versicherungsfremde Leistungen nicht in die Krankenkassen gehören und kritisiert das Verhalten der Kassen als Vertrauensbruch, da Leistungserweiterungen im Rettungsdienst stets zuvor mit den Krankenkassen abgestimmt worden seien, und verurteilt rückwirkende Beanstandungen. Er warnt, dass Kompetenzkämpfe zwischen Bund und Land regelmäßig zu Lasten der Kommunen gehen, die finanziell am Ende stehen. Auch er lehne Gebührenbescheide gegen Notrufnutzer, insbesondere ältere Menschen mit geringen Renten, entschieden ab.

Herr Baş (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die gemeinsame Position der meisten Fraktionen und zeigt sich zuversichtlich, dass eine bürgergerechte Lösung gefunden werde.

Landrat Dr. Gericke informiert, dass alle Bundestagsfraktionen über die Problematik informiert seien. Die Verwaltung werde den Kreistag weiter über Entwicklungen informieren.

2.	Bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums - Vorstellung der Ergebnisse der Entwurfsplanung	042/2026
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass die Errichtung der Multifunktionshalle als erster Bauabschnitt des Bevölkerungsschutzzentrums in den Ausschüssen mit großer Mehrheit beschlossen worden sei. Die Fraktionsvorsitzenden haben im Rahmen einer Jury den Entwurf des Architekturbüros ausgewählt, der überarbeitet und vorgestellt worden sei. Er bittet Herrn Dr. Funke um Darstellung des Planungsstands.

Herr Dr. Funke erläutert, dass der ausgewählte Entwurf Grundlage der Planungen sei und der Ältestenrat diese ausführlich beraten habe. Anregungen der Fraktionen seien in den Bauausschuss eingeflossen; der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz werde ebenfalls beteiligt. Alle Planungsunterlagen seien öffentlich einsehbar. Das Gebäude werde für zwei bis vier Wochen autark betrieben werden können und hierfür erneuerbare Energien sowie Notstromaggregate vorhalten. Die Kostenobergrenze von 14 Millionen Euro werde nach aktueller Schätzung eingehalten; die Kosten liegen derzeit bei rund 12,8 Millionen Euro. Das Gebäude sei funktional und sparsam geplant; die Fertigstellung sei für Ende 2028 vorgesehen.

Herr Dr. Blex (AfD) sieht die Notwendigkeit der Halle als unstrittig an, kritisiert jedoch die ökologische Ausgestaltung wie Wärmepumpe und Dachbegrünung, die er als ideologisch und finanziell belastend bewertet. Er verweist auf angespannte Kommunalhaushalte und halte die Ausgestaltung für verantwortungslos.

Herr Gutsche (CDU) betont die Bedeutung des Vorhabens für den Katastrophenschutz, etwa zur Aufnahme größerer Personengruppen bei Schadensereignissen. Ergänzend verweist er auf sicherheitspolitische Entwicklungen und militärische Anforderungen, die den Aufbau entsprechender Infrastruktur notwendig machen. Die Multifunktionshalle erfülle zivile und militärische Anforderungen ohne Mehraufwand, der Entwurf sei zweckmäßig und kostengünstig.

Frau Nienkemper (FWG) erinnert an verbindliche Vorgaben der Landesbauordnung zu Photovoltaik, erneuerbaren Energien und Begrünungen. Das Gebäude stelle einen angemessenen Ortsauftakt dar und sei angesichts der Bedrohungslage notwendig.

Herr Kocker (SPD) weist die Vorwürfe der AfD-Kreistagsfraktion zurück. Der Kreistag habe sparsam beraten, die AfD nenne keine Einsparvorschläge und stelle gesetzliche Vorgaben infrage. Einsparpotenziale liegen eher in den Details wie zum Beispiel der Fassadengestaltung. Die SPD unterstütze das Vorhaben.

Herr Baş (Bündnis 90/Die Grünen) betont die konstruktive Begleitung des Planungsprozesses. Der ausgewählte Entwurf sei kostengünstig und funktional; das Vorhaben sei eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung.

Herr Dr. Blex (AfD) wiederholt seine Kritik an der ökologischen Ausgestaltung und bezweifelt deren sicherheitsrelevanten Nutzen. Er sehe ein Prestigeprojekt zulasten der Bevölkerung.

Herr Luster-Haggeney (CDU) betont, dass es sich um einen notwendigen Mindeststandard handle. Die Finanzierung belaste die Kommunen nicht übermäßig.

Landrat Dr. Gericke bestätigt, dass LuKIFG-Mittel eingesetzt werden und die Kommunen entlasten. Er betont die sicherheitspolitische Bedeutung des Vorhabens.

Beschluss:

Die Verwaltung wird auf der Grundlage der Ergebnisse der Entwurfsplanung beauftragt, die Planung fortzuführen und die bauliche Errichtung einer Multifunktionshalle als ersten Bauabschnitt eines Bevölkerungsschutzzentrums zu realisieren.

Die politischen Gremien werden wie vereinbart weiterhin engmaschig einbezogen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 52; Nein 7 (AfD); Enthaltung 0

3.	Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2025
-----------	--

044/2026

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2025 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG	053/2026
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Warendorf ermächtigt den Landrat, der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft beizutreten und die für die Mitgliedschaft notwendigen weiteren Erklärungen abzugeben.

In die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG wird als stimmberechtigter Vertreter des Kreises Stephan Niebrügge entsendet. Als Vertreter wird Jens Küppers bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5. Tarifreform des WestfalenTarifs zum 01.04.2027**028/2026**

Die Vertreterinnen und Vertreter des Kreises Warendorf werden beauftragt, in den Gremien des WestfalenTarifes und der betreffenden Tariforganisation (*hier Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe*) folgende Grundsatzentscheidungen zur Entwicklung der Tarifstruktur zu unterstützen:

1. Der Tarif für den Nahverkehr in Westfalen-Lippe besteht zukünftig aus den drei Komponenten
 - a. Deutschlandticket
 - b. eezy.nrw und
 - c. WestfalenTarif

Alle Tarifkomponenten sind digital auszugestalten. Papiertickets können ausschließlich im Bereich des WestfalenTarifs zusätzlich angeboten werden.

2. Festlegungen zum Nahverkehrstarif in Westfalen-Lippe werden im Grundsatz durch den WestfalenTarifausschuss, in dem alle erlösverantwortlichen Partner in Westfalen-Lippe Sitz und Stimme haben, getroffen.
3. Der 2017 als westfälischer Gemeinschaftstarif eingeführte WestfalenTarif wird aus Nutzersicht vereinfacht. Die Anzahl der Preisstufen soll im Grundsatz vier Preisstufen (A, B, C und D) umfassen. Preisstufen, welche noch die Tarifräume vor der Gründung des WestfalenTarifes abbildeten (T, H, M, S), entfallen. Das Sortiment an Ticketvarianten wird reduziert.
4. Die unter 3. dargestellten strukturellen Veränderungen werden so gestaltet, dass der Tarif gesamtheitlich erlösneutral gegenüber dem aktuellen Tarifniveau bleibt.
5. Der vorliegende Ausgestaltungsvorschlag (vgl. Anlage 1: „P&C-Kurzpräsentation Tarifreform 260123“ und Anlage 2: „Preisstufentafel Tarifreform 260126“) erfüllt die o. g. Prämissen.
6. Sofern die im Ausgestaltungsvorschlag empfohlene Tarifhöhe unterschritten werden soll, muss der betreffende Aufgabenträger die entstehenden Differenzen ausgleichen. Der WestfalenTarif GmbH gegenüber ist die Abweichung zu spezifizieren und rechtzeitig vor Beschlussfassung in den westfälischen Gremien mitzuteilen. Näheres regelt die Geschäftsordnung des WestfalenTarifausschuss.

6.	Anpassung der Elternbeiträge und die damit verbundene Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme am Angebot des Offenen Ganztags an der Astrid-Lindgren-Schule	039/2026/1
-----------	--	-------------------

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass die Elternbeiträge im offenen Ganztags auf Grundlage fraktionsübergreifender Beratungen angepasst worden seien. Die Verwaltung habe den Wunsch nach sozialer Ausgewogenheit in einer neuen Elterntabelle berücksichtigt, wodurch ein kleines Plus erzielt werde, ohne das Defizit zu vergrößern. Ein breiter Konsens sei erzielt und im Kreisausschuss mehrheitlich beschlossen worden.

Frau Nienkemper (FWG) erklärt, dass ihre Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen könne. Der Vorschlag ihrer Fraktion, die Beiträge bis Einkommensgrenzen von 33.000 bzw. 42.000 Euro an den FWG-Vorschlag anzupassen, sei nicht auf Zustimmung gestoßen. Die Belastung niedriger Einkommensgruppen werde angesichts steigender Kosten als unangemessen bewertet.

Herr Dr. Blex (AfD) führt aus, es werde erneut eine Maßnahme ergriffen, die typischerweise dazu führe, dass arbeitende Menschen zugunsten jener belastet werden, die seiner Auffassung nach keinen Beitrag zur Sozialgemeinschaft leisteten. Er erklärt, diese Umverteilung muss, wenn überhaupt, über Steuern geregelt werden und nicht durch kommunale Beiträge. Er betont, dass die Erhöhung der Beiträge für die arbeitende Bevölkerung untragbar sei und bezeichnet sie als ungerecht und unsozial. Daher werde seine Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen.

Frau Grap (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, ihre Fraktion habe sich eine weitergehende Lösung gewünscht. Jedoch stelle der vorliegende Vorschlag den gemeinsamen Nenner dar, auf den sich alle Beteiligten einigen können. Daher werde ihre Fraktion dem Vorschlag zustimmen.

In Bezug auf die Ausführungen von Dr. Blex verweist sie auf die Worte von Frau Dr. Arizzi Rusche und darauf, dass 50 Prozent der Familien entlastet werden.

Frau Krabbe (SPD) erinnert an die Ausschusssitzung, in der der Vertreter der AfD gefordert habe, erst ab einem Einkommen von 33.000 Euro mit den Beiträgen zu beginnen, um niedrige Einkommen nicht zusätzlich zu belasten. Dies sei im Protokoll nachzulesen.

Herr Gutsche (CDU) betont, dass der ausgewogene Vorschlag intensiv beraten worden sei; niedrige Einkommen werden entlastet, höhere Einkommen moderat belastet. Die CDU werde zustimmen.

Herr Kocker (SPD) betont das Solidarprinzip, wonach höhere Einkommen mehr beitragen. Er weist die Äußerungen der AfD zurück, die Menschen mit Einkommen bis 27.000 Euro pauschal abzuwerten und zu unterstellen, dass diese nicht arbeiten. Er führt aus, dass unter diese Gruppe viele Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder Personen in schwierigen Arbeitsmarktsituationen fallen, die sich redlich

bemühen. Ohne eine Entlastung werden Kindern aus diesen Familien die Teilnahme verwehrt.

Beschluss:

Die Anpassung der Elternbeiträge und die damit verbundene Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme am Angebot der Offenen Ganztagschule an der Astrid-Lindgren-Schule wird auch unter Berücksichtigung der Änderungen aus dem Antrag der FWG beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 45;

Nein 11 (7x AfD, 3x FWG, 1x Freie Wähler);

Enthaltung 2 (Die Linke)

7.	Entsendung von Vertretern des Kreises Warendorf in Gremien juristischer Personen bzw. Personenvereinigungen	057/2026
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Die Umbesetzung der Vertretung des Kreises Warendorf in Gremien juristischer Personen bzw. Personenvereinigungen wird wie folgt beschlossen:

Personen bzw. Personenvereinigungen	Gremium	Bereits benanntes Mitglied	Neues, derzeit unbesetztes stellvertretendes Mitglied
Westfälische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Münster e.V. Stühmerweg 10 48147 Münster	Mitgliederversammlung	Alexander Drees	Kerstin Hestermann

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Entsendung von Arbeitnehmervertreter/innen in den Aufsichtsrat der WVG gem. § 108a GO NRW	056/2026
-----------	--	-----------------

Beschluss:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf bestellt gem. § 108a Abs. 3 GO NRW aus der anliegenden von den Beschäftigten der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH gewählten Vorschlagsliste die Arbeitnehmervertreter/innen gem. Ziffer 4 Nrn. 1 - 5 in den Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.
2. Für den Fall des Ausscheidens einer bestellten Arbeitnehmervertreterin / eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH bestellt der Kreistag des Kreises Warendorf bereits jetzt gem. § 108a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste als Nachfolger/in die Arbeitnehmervertreter/innen gem. Ziffer 4 Nrn. 6 - 13 in der Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen für das jeweilige Unternehmen, dem das ausgeschiedene Mitglied angehört hat.
3. Die Geschäftsführer der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH werden angewiesen, die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter/innen über ihre Wahl zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Zahlungsabwicklung in den KFZ-Zulassungsstellen und in der Ausländerbehörde - Anträge der Kreistagsfraktionen der FWG sowie Bündnis 90/ Die Grünen	055/2026
-----------	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass die vorgeschlagene Umsetzung aus den Haushaltsplanberatungen in den zuständigen Ausschüssen breite Zustimmung gefunden habe, da erhebliche Einsparungen erzielt werden können. Aufgrund eines AfD-Antrags erhält Herr Dr. Blex das Wort.

Herr Dr. Blex (AfD) erklärt, dass das Bargeld aus grundsätzlichen Gründen als Zahlungsmittel erhalten bleiben muss. Es sichere die Freiheit der Bürger, weshalb staatliche Stellen zumutbare Barzahlung ermöglichen müssen. Er führt aus, dass eine Einschränkung der Bargeldnutzung den Weg zu umfassender Überwachung ebne. Dies wolle man verhindern, weshalb der Antrag eingebracht worden sei.

Landrat Dr. Gericke entgegnet, es gehe nicht um eine allgemeine Bewertung des Bargeldgebrauchs. Für eine KFZ-Zulassung sei ein Konto ohnehin zwingend erforderlich, da Versicherungen und Steuerverwaltung keine Barzahlungen akzeptieren. Zudem bestehe zumindest bei der Sparkasse ein Rechtsanspruch auf ein Debit-Konto, weshalb jeder Fahrzeughalter über eine geeignete Karte verfüge. Die Zahlung am Terminal sei schneller und unkomplizierter.

Herr Diekhoff (FDP) bestätigt die Ausführungen des Landrats und erklärt, dass auch er die Bedeutung von Bargeld grundsätzlich sehe. Bei der KFZ-Zulassung sei dies jedoch unpassend, da die gesamte Vorgangsbearbeitung ohnehin mit Identifikationsnummern und weiteren Erfassungen verbunden sei. Unter dem Gesichtspunkt der Prozessvereinfachung und Kosteneinsparung sei der Verzicht auf Bargeld hier sachgerecht.

Ergänzend regt er an, die von den Automaten gedruckten Belege dauerhaft mit dem Schriftzug „Kreis Warendorf“ zu versehen, da derzeit ein Werbelogo von Merkur-Spielautomaten abgedruckt werde.

Herr Dr. Funke bedankt sich für den Hinweis auf das fehlerhafte Logo auf den Kassenquittungen.

[Während die Zulassungsstelle Warendorf sowie die Ausländerbehörde Ahlen das korrekte Kreislogo verwenden, wiesen die Quittungen des Kassenautomaten in Beckum das Logo des Herstellers „Hess“ in Form einer Sonne auf. Dieses Symbol ist mit der sogenannten Merkur-Sonne identisch, da das Unternehmen „Hess“ zur Merkur-Gruppe gehört. Nach Einschätzung der Zulassungsstelle ist eine Anpassung der Logos in Beckum ausschließlich durch den Hersteller „Hess“ vorzunehmen. Die entsprechenden Schritte zur Korrektur wurden unverzüglich veranlasst und zwischenzeitlich realisiert.]

Herr Kocker (SPD) führt aus, dass der Antrag der AfD-Fraktion inhaltlich widersprüchlich sei. Ein Blick in die Vorlage zeige, dass die Möglichkeit der Barzahlung weiterhin vorgesehen sei, da für Personen, die aus tatsächlichen Gründen kein Konto eröffnen können, eine zentrale Stelle zur Barzahlung in der Kreisverwaltung erhalten bleibe.

Herr Vöcking (Die Linke) erklärt, dass sein Fraktionsvertreter im Digitalisierungsausschuss gegen die Vorlage gestimmt habe. Man habe dies in der Fraktion allerdings erneut beraten; hierbei sei es ausschließlich um mögliche Probleme im Bereich der Ausländerbehörde gegangen. Er bittet um Prüfung, ob dort möglicherweise Schwierigkeiten auftreten.

Für die aktuelle Abstimmung kündigt er somit eine Enthaltung an.

Herr Gutsche (CDU) betont die grundsätzliche Bedeutung von Bargeld, halte es hier jedoch nicht für erforderlich. Wer ein Fahrzeug zulassen wolle, müsse eine Lastschrift erteilen und verfüge daher über ein Konto und eine Karte.

Beschluss:

1. Der im Haushaltsplan 2026 vorhandene investive Ansatz für die Ersatzbeschaffung eines Kassenautomaten i.H.v. 40 T € im Jahr 2026 bleibt gesperrt (Investitionen Produktgruppe 0104 Informationstechnik, Inv.Nr. 23.12.000 - Kassenautomaten für die Zulassungsstellen). Gleiches gilt für die mit Ermächtigungsübertragung von 2025 nach 2026 übertragenen Mittel i.H.v. 40 T € (Inv. Nr. 23.12.000).
2. Die vorhandenen drei Kassenautomaten in den Zulassungsstellen Beckum und Warendorf sowie der Ausländerbehörde werden perspektivisch außer Betrieb genommen. Die Zahlungsabwicklung in diesen Bereichen wird spätestens ab dem 01.08.2027 auf ein bargeldloses Verfahren umgestellt. Die Auswahl und technische Ausgestaltung des konkreten bargeldlosen Zahlungsverfahrens obliegen der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 48; Nein 7 (AfD); Enthaltung 2 (Die Linke)

10.	Antrag der Kreistagsfraktion AfD zum Ausstieg aus der Radio Warendorf Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	025/2026
-----	--	-----------------

Beschluss:

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion AfD wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 7 (AfD); Nein 50; Enthaltung 0

11.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Einrichtung eines öffentlichen Katasters für Anträge und Anfragen zur Stärkung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Prozesse	059/2026
-----	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass man daran arbeite, die bestehende Software „Session“ für den angestrebten Zweck nutzbar zu machen, um einen kostenintensiven Neukauf zu vermeiden. Er führt aus, man befinde sich hierzu im Austausch mit anderen Kreisen, die entsprechende Lösungen bereits einsetzen.

Frau Maschelski-Werning (SPD) merkt an, die Überlegungen zur Nutzung von „Session“ sei aus ihrer Sicht sinnvoll. Sie weist darauf hin, dass die Recherchefunktion des Programms „Session/Mandatos“ grundsätzlich nicht zufriedenstellend sei, sodass im Zuge der Weiterentwicklung eine Überarbeitung dieses Funktionsbereiches wenn möglich ebenfalls in Betracht gezogen werden solle.

Landrat Dr. Gericke bedankt sich für den Hinweis.

Herr Baş (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, seiner Fraktion sei insbesondere die einfache und praktikable Handhabung einer solchen technischen Lösung wichtig. Dies knüpfe an die zuvor von Frau Maschelski-Werning geäußerten Hinweise an.

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 12:41 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer